

Antrag

Fraktion der FDP

Hannover, den 17.06.2015

Asylrecht anpassen - Kosovo und Albanien müssen als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylanträge in Deutschland stark angestiegen. Laut Bundesministerium des Inneren stellten im Monat April des Jahres 2015 27 178 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Insgesamt 13 709 Anträge (50,4 % aller in Deutschland gestellten Asylanträge) wurden von Staatsangehörigen der Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien gestellt.

Die weltweiten Konflikte haben immer mehr Personen dazu gebracht, ihre Heimat zu verlassen. In der Hoffnung auf ein Leben in Frieden kommen viele Menschen auch bei uns in Niedersachsen an. Bei der Durchführung dieser Verfahren stehen die Behörden nun vor einer entsprechend großen Herausforderung. Wir wollen faire Chancen für alle, die wirklich Schutz bei uns suchen. Gerade gegenüber denjenigen, die aus Kriegsgebieten zu uns kommen, haben wir eine moralische Pflicht. Durch die zahlreichen nicht aus asylrelevanten Motiven gestellten Anträge werden die Herausforderungen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch größer. Die Asylsuchenden, die tatsächlich schutzbedürftig sind, haben darunter zu leiden, da die Bearbeitung ihrer Fälle hierdurch später erfolgt. Die Unsicherheit, die hierdurch entsteht, bedeutet für Asylsuchende eine große Belastung. Ziel muss sein, Asylanträge schnellstmöglich zu bearbeiten, damit die Menschen, die Schutz suchen, Sicherheit bekommen, ob ihnen dieser Schutz auch gewährt wird.

Die Länder Kosovo, Montenegro und Albanien müssen daher als sichere Herkunftsstaaten anerkannt werden, um die Verfahren zu verkürzen. Ziel muss sein, die Verfahren tatsächlich schutzbedürftiger Asylsuchender schnellstmöglich zu bearbeiten, um diesen Menschen eine echte Perspektive in Niedersachsen und Deutschland zu geben. Hierdurch wird auch niemandem verwehrt, trotzdem einen Asylantrag zu stellen. Es erfolgt nach wie vor die Prüfung des Einzelfalls, ob Asyl gewährt wird oder nicht. Allerdings wird die Dauer der Asylverfahren von Antragstellern aus diesen Staaten erheblich verkürzt. Hierdurch sinkt einzig die Attraktivität für Antragsteller, die aus nicht asylrelevanten Motiven Asylanträge stellen.

Der Landtag fordert die Landesregierung und die Bundesregierung daher auf, die Länder Kosovo, Montenegro und Albanien als sichere Herkunftsstaaten anzuerkennen.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Ausgegeben am 18.06.2015)